



Nichtstun – Täuschen – Tricksen

Wie der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates (GPR) versuchte, die Belegschaft und die Öffentlichkeit zu täuschen und die gesamte Berliner Polizei blamierte.

Wäre es nicht so traurig, könnte man herzhaft lachen. Am 14. Oktober 2015 berichtete das RBB-Magazin „Klartext“ über gesundheitliche Belastungen der Berliner

Polizei in den Schießständen des LKA und der Bernauer Straße.

Einen Tag später überraschte der Vorstand des GPR mit der Forderung nach Veröffentlichung aller Gutachten und erstattete sogar Strafanzeige. Donnerwetter! Das ist ja ein kraftvoller Einsatz, dachten gewiss viele Kolleginnen und Kollegen.

Monaten auf den Papieren zu sitzen, die er lauthals eingefordert hatte. Mit der nachfolgenden Erklärung, der Personalrat hätte keine Kapazitäten, die Unterlagen zu bearbeiten (**was machen die vielen freigestellten Funktionäre eigentlich den ganzen Tag?**), blamierte er sich, fleißig unterstützt von der Vorsitzenden des örtlichen Personalrates der Dir 6,

- > Wie ist eine Bearbeitungsdauer von mehr als vier Monaten zu erklären?
- > Warum behauptet der GPR-Vorsitzende in der „GPR-Info“ wahrheitswidrig, die Gutachten seien nicht veröffentlicht, wenn er sie seit Monaten besitzt?

Die Showveranstaltungen und Trickserien des GPR-Vorsitzenden müssen jetzt

Inhalt

- 2 Hochexplosiv, die Schießanlage des Landeskriminalamtes am Tempelhofer Damm
- 2 Bericht über hauptstadtbedingte Ausgaben des Landes Berlin
- 3 Einweihung unserer neuen DPoG-Landesgeschäftsstelle
- 4 Mehr als ein Jahr Fahrradstaffel in Berlin
- 4 Seit November 2015 gilt ein neues Meldegesetz
- 6 Unsere #Tweets des Monats
- 7 BGH kippt Postbank-Klausel
- 8 Ansprechpartner/-innen, Veranstaltungen, Kontakte



Jan Becke

Impressum:

Redaktion: Eduard Riese
E-Mail: landesredakteur@dpolg-berlin.de
V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf

Landesgeschäftsstelle:
Alt-Moabit 96 a,
10559 Berlin

Besuchszeiten:
Mo. bis Mi. 9.00–15 Uhr
Do. 9.00–18 Uhr
Fr. 9.00–13 Uhr

Telefonsprechzeiten:
Mo. bis Fr. 10.00–13 Uhr
Tel. 030.3933073
Fax 030.3935092
Internet: www.dpolg.berlin
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
ISSN: 0723-1814



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

Was alle nicht wussten: Der Vorsitzende des GPR, der den Polizeipräsidenten aufforderte, „das betreffende Gutachten sowie alle anderen Gutachten über die Schießstätten der Berliner Polizei umgehend zu veröffentlichen“, hatte alle Informationen seit Juli 2015!

■ Kleinlaut zugegeben

Das RBB-Magazin „Klartext“, das den Maulhelden entlarvt hatte, stellte ihn in der Sendung am 28. Oktober 2015 zur Rede. Kleinlaut musste er zugeben, tatsächlich seit

die offensichtlich alles wusste und trotzdem forscht Aufklärung forderte ... !???

Wenn jetzt jemand etwas aufzuklären hat, dann ist es der Vorsitzende des GPR:

- > Warum ist dieses Thema nie im GPR behandelt worden?
- > Wer hat die Informationen, über die der GPR-Vorsitzende seit Monaten verfügt, noch? Warum sind die Mitglieder des GPR bis heute nicht über die Existenz der Unterlagen informiert?
- > Wer ist auf die Idee mit der Strafanzeige gekommen und wer hat das beschlossen?

ein Ende haben! Die Belegschaft der Berliner Polizei hat ein Anrecht darauf, dass diese Machenschaften aufgedeckt und die Verantwortlichen für diese lächerlichen Aktionen zum Schaden der Berliner Polizei benannt werden.

Und alle Mitglieder des GPR müssen jetzt endlich die seit Monaten vorliegenden Unterlagen erhalten. Wer Veröffentlichung fordert und gleichzeitig Unterlagen geheim hält, ist ein Scharlatan und weiter nichts!

Sabine Schumann,
Landesvorsitzende (V)



Hochexplosiv, die Schießanlage des Landeskriminalamtes am Tempelhofer Damm

In einem Kommentar der Berliner Morgenpost vom 9. November 2015 nahm sich Matthias Steube des Themas an unter der Überschrift

► Hochexplosive Affäre

Die Geschichte fängt mit einem Skandal an. Die Schießanlage des Landeskriminalamtes am Tempelhofer Damm wurde 1996 in Betrieb genommen, obwohl eine angeforderte Schlussabnahme noch ausstand. 1997 kam ein Gutachten der Umweltkripi zu dem Ergebnis, dass dort Be- und Entlüftung nicht den Vorschriften entsprechen. Dennoch wurde am Tempelhofer Damm offenbar weiter geschossen. Bis zu dem Zeitpunkt als man feststellte: In der Lüftung hatten sich große Mengen zündfähigen Materials angesammelt. Ein Querschläger beim Schießen hätte zu einer heftigen Explosion führen können.



Auch Schießtrainer sollen immer wieder über unzureichend belüftete Hallen geklagt und seit 2003 wiederholt die Behördenleitung darüber informiert haben. Und was geschieht in der Polizeibehörde? Offenbar nichts. 2009 berichteten Beamte über die Schließung von Schießbahnen in der Anlage Bernauer Straße. Doch die Polizeiführung dementierte. Die Anlage sei uneingeschränkt

nutzbar. 2010 verschwand in der Polizeibehörde dann ein Gutachten zur Situation auf den Schießständen. Weil es dramatische Mängel und Schadstoffbelastungen aufzeigte? Im August 2013 hieß es im Abschlussbericht der Projektgruppe Schießtraining: „Wir haben 19 Schießstände, davon 17 in Funktion, nur drei entsprechen den Schießstandrichtlinien. Die Arbeitsschutzbestimmungen

werden von nahezu allen Anlagen nicht erfüllt.“ Ein vernichtendes Urteil.

Das macht klar, dass Polizeibeamte seit Jahren auf Anlagen geschickt wurden, die nicht den Anforderungen entsprechen. Hochexplosiv könnte die Affäre werden, sollte sich herausstellen, dass Krebserkrankungen von Schießtrainern im Zusammenhang mit den maroden Anlagen stehen. Polizeipräsident Klaus Kandt hat die Innenrevision seiner Behörde damit beauftragt, alle Vorgänge der vergangenen 15 Jahre aufzuklären. Das wird dauern. Kandt sollte aber keine Minute zögern, jene Beamten ausfindig zu machen, die als Schießtrainer und -ausbilder einer hohen Belastung ausgesetzt waren, und sie sofort medizinisch untersuchen zu lassen. Das verlangt die Fürsorgepflicht. Und das gebietet der Anstand. ■

Bericht über hauptstadtbedingte Ausgaben des Landes Berlin

Aus der Sitzung des Senats am 3. November 2015:

Der Schwerpunkt der hauptstadtbedingten Ausgaben liegt auch weiterhin bei den Aufwendungen für hauptstadtbedingte Sicherheitsmaßnahmen. Im Entwurf des Haushaltsplans 2016/2017 sind hierfür 126,2 Millionen Euro (2016) und 129,8 Millionen Euro (2017) veranschlagt. Die Aufwendungen entstehen sowohl bei dem Polizeipräsidenten in Berlin als auch bei der Berliner Feuerwehr. Sie betreffen unter

anderem Objekt- und Personenschutzaufgaben, begleitende und verkehrslenkende Maßnahmen im Rahmen protokollarischer Aufgaben und die Bewältigung hauptstadtbedingter Großlagen.

Nach dem seit 2008 geltenden Hauptstadtfinanzierungsvertrag erstattet der Bund für diese Aufwendungen 60 Millionen Euro jährlich.

Das geht aus einem Bericht an das Abgeordnetenhaus über aktuelle hauptstadtbedingte

Ausgaben des Landes Berlin hervor, den der Senat auf Vorlage des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller beschlossen hat.

Die Verlegung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin hat auch in anderen Bereichen zu Mehrbelastungen geführt. Die Berliner Justiz muss zusätzliche Verwaltungstreitsachen, aber auch Zivil- und Strafsachen bearbeiten, so zum Beispiel Zivilverfahren in Bauangelegenheiten des Bundes und Visaverfahren sowie beamten-

rechtliche Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Der zusätzliche Personalaufwand beläuft sich auf circa 9,2 Millionen Euro jährlich.

Eine Mitfinanzierung dieser zusätzlichen Aufwendungen durch den Bund erfolgt nicht.

Neben anderen hauptstadtbedingten Belastungen erwähnt der Bericht auch die seit 1993 durchgeführte, mehrfach verlängerte Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel“.



Ziel ist es, die Voraussetzungen für die Unterbringung der Verfassungsorgane des Bundes und regierungsnahen Einrichtungen sowie ein entsprechendes Umfeld zu schaffen. Dabei han-

delt es sich um Straßenbaumaßnahmen, Grundstücksfreimachungen, aber auch um den Bau von Grünanlagen sowie um weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

In dem festgelegten Entwicklungsgebiet fördert der Bund die Finanzierung mit einem Anteil von 64 Prozent. Die verbleibenden 36 Prozent werden vom Land Berlin getragen.

Die Verhandlungen über einen neuen Hauptstadtfinanzierungsvertrag ab 2018 zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung haben begonnen. ■

Einweihung unserer neuen DPoIG-Landesgeschäftsstelle

Anlässlich des Umzugs unserer Geschäftsstelle von der Calvinstraße 5a, 10557 Berlin, nach Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin, hatte der Landesvorstand am Donnerstag, dem 29. Oktober 2015, zur Einweihung unserer neuen Geschäftsstelle zahlreiche Gäste aus Politik, Polizei und Wirtschaft geladen. Der Umzug in eine größere Ge-

schäftsstelle wurde nötig, um noch professioneller die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten. Unsere bisherige Geschäftsstelle in der Calvinstraße hatte mit unserer erfolgreichen Entwicklung nicht Schritt halten können,

Die alte Geschäftsstelle „platzte aus den Nähten“ und hielt



> Unser Bundesvorsitzender Rainer Wendt, sichtlich gut gelaunt.



> Silke Fischer und Frank Stöcker von der BB Bank (Mitte: Bodo Pfalzgraf)



> Warten auf die Begrüßungsrede



> Stärkung und Kommunikation bei einem Imbiss



> Innensenator Frank Henkel (Mitte) ließ es sich nicht entgehen, an der Einweihung teilzunehmen.

den Anforderungen einer modernen Gewerkschaft nicht mehr stand.

Der Umzug wurde von unserem hauptamtlichen Personal

und mittels ehrenamtlicher Unterstützung einiger Funktionsträger und Mitglieder unserer Gewerkschaft durchgeführt. **Allen Helfern sei hier noch einmal herzlichst gedankt.** ■



Mehr als ein Jahr Fahrradstaffel in Berlin

Die Fahrradstaffel ist ein erfolgreiches Mittel der Verkehrsüberwachung

Mitte Juli 2014 ging die Fahrradstaffel der Berliner Polizei an den Start. Jetzt liegen der Behörde erste Zahlen vor. Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerk-

schaft Berlin: „Die Kollegen der Fahrradstaffel geben täglich bei jedem Wetter ihr Bestes und werden von der Öffentlichkeit gut angenommen.“ Die Hauptaufgabe der 20 Polizis-

ten ist die Überwachung des Straßenverkehrs im Bezirk Mitte. Dabei liegt der Schwerpunkt beim Feststellen von Fehlern von und gegenüber Radfahrenden.

Bis zu 1 500 Verkehrsverstöße werden pro Monat geahndet. Neben Radrowdys widmen sich die Fahrradpolizisten auch unachtsamen Autofahrern beim Abbiegen, Handysündern am Steuer, Falschparkern auf Radwegen und Rotlichtfahrern. Außerdem wird der Funkwageneinsatzdienst oft unterstützt.

Unser Landesvorsitzender: „Die Einführung der Fahrradstaffel in Berlin war ein richtiges und wichtiges Mittel für den Berliner Straßenverkehr und ist zukünftig keinesfalls wegzudenken. Sie sind Ansprechpartner für viele Belange der Bürger – Touristen, Anwohner und Radfahrer – und somit sehr nah am Bürger.“



Seit November 2015 gilt ein neues Meldegesetz

Die Vermieterbescheinigung ist zurück. Seit dem 1. November 2015 müssen Vermieter Mietern wieder schriftlich den Ein- und Auszug bestätigen. Vor über zehn Jahren war dies abgeschafft worden.

Wer eine neue Wohnung bezieht, muss bei der Anmeldung auf dem Bürgeramt die schriftliche Einzugsbestätigung des Vermieters vorlegen. Das sieht das neue Meldegesetz vor. Das Gesetz hat zum Ziel, Scheinmeldungen in Wohnungen zu verhindern.

Das neue Melderecht, das bereits 2013 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden ist und nach einer längeren Übergangsfrist in Kraft getreten ist, hält eine Neuregelung parat, die Vermieter kennen und berücksichtigen müssen: Die Wiedereinführung der sogenannten

Vermieterbescheinigung (Wohnungsgeberbestätigung).

■ Vermieterbescheinigung ist wieder Pflicht

Vermieter sind wieder verpflichtet, bei der An- und Abmeldung des Mieters beim Einwohnermeldeamt mitzuwirken. Der Vermieter beziehungsweise eine beauftragte Person – zum Beispiel der Verwalter – muss dem Mieter den Ein- beziehungsweise Auszug innerhalb von zwei Wochen schriftlich oder elektronisch bestätigen. Durch die Vermieterbescheinigung soll Schein-

anmeldungen wirksamer begegnet werden.

Die Bestätigung muss folgende Daten enthalten:

- > Name und Anschrift des Vermieters
- > Art des meldepflichtigen Vorgangs mit Einzugs- oder Auszugsdatum
- > Anschrift der Wohnung
- > Namen der meldepflichtigen Personen.

Bei Verstößen droht Bußgeld.

Wer die Vermieterbescheinigung nicht oder nicht richtig ausstellt, muss mit einem Bußgeld von bis zu 1 000 Euro rechnen. Wer einem anderen eine Wohnanschrift anbietet, ohne dass dieser dort tatsächlich einzieht oder einziehen will, muss mit einer Geldbuße von bis zu 50 000 Euro rechnen.

■ Vermieter kann Auskunft von der Meldebehörde verlangen

Neu ist auch ein Auskunftsanspruch des Vermieters: Er kann sich durch Rückfrage bei der Meldebehörde davon überzeugen, ob sich der Mieter tatsächlich an- oder abgemeldet hat. Umgekehrt muss aber auch der Vermieter der Meldebehörde auf Verlangen mitteilen, wer bei ihm wohnt oder gewohnt hat.

Die neue Pflicht, Vermieterbescheinigungen auszustellen, gilt seit dem 1. November 2015. Ursprünglich sah das Gesetz ein Inkrafttreten bereits zum 1. Mai 2015 vor. Im November 2014 wurde dieser Zeitpunkt um ein halbes Jahr verschoben.

BERLIN



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

HAUPTSTADTBALL 2016

der Deutschen Polizeigewerkschaft

Berlin tanzt

incl. Galabuffet.

20.02.2016



Für Tanz und gute Laune
sorgt Ralf von der Moranzin & Band



**One-Woman-Show
mit Edwina De Pooter**

Eintritt: 45,- € / 1 Tisch (10 Personen) 400,- €
35,- € Mitglieder DPoIG und dbb-Gewerkschaften / 1 Tisch (10 Personen) 300,- €
Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr
Mercure Hotel MOA Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin
Veranstalter: DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und DPoIG Landesverband Berlin
Kartenverkauf über die Geschäftsstellen:
Tel.: 030 / 44678721 oder 030 / 3933073 / 74



Unsere #Tweets des Monats @DPoIGBerlin

- DPoIG Berlin** @DPoIGBerlin · 21. Okt
 Vorfall #Wedding zeigt, dass #Diensthunde geeignete Einsatzmittel sind. #DPoIG dankt den Hundeführern für Einsatz.

Polizei Berlin @polizeiberlin
 Gestern trat ein Angreifer einer Polizeihändin bei einem Einsatz gegen den Kopf. Sie wehrte sich. Der Mann wird im Krankenhaus behandelt.*sr
- DPoIG Berlin** @DPoIGBerlin · 26. Okt.
 #DPoIG #Wendt bei @hartaberfair: "Wir überfordern uns und stehen vor sozialen Unruhen. Deshalb muss man sagen können: Es reicht."
- DPoIG Berlin** @DPoIGBerlin · 27. Okt.
 Polizisten brauchen gute Technik, um schweren Job zu machen, so #Obama. Jeder Cop braucht eine Bodycam #DPoIGvorOrt.
- DPoIG Berlin** @DPoIGBerlin · 30. Okt
 #Berlins Innensenator @CDU_frankhenkel & @DPoIGBund-Chef Wendt bei Eröffnung unserer neuen Geschäftsstelle.


- DPoIG Berlin** @DPoIGBerlin · 2. Nov
 Neueinstellungen im Zentralen #Objektschutz (ZOS) der Berliner Polizei, natürlich mit unserem #DPoIG-#Begrüßungsteam


- DPoIG Berlin** @DPoIGBerlin · 7. Nov
 Unsere bei der #AfDDemo eingesetzten Beamten müssen heute wieder ihre Professionalität zeigen. Dafür vielen Dank!

Wir sehen uns auf Twitter! Eure @DPoIGBerlin

Achtung, wichtige Information!

Landesgeschäftsstelle

Unsere DPoIG-Landesgeschäftsstelle ist über die Feiertage von Mittwoch, dem 23. Dezember 2015, bis Donnerstag, dem 31. Dezember 2015, geschlossen.

Unser Team ist ab Montag, dem 4. Januar 2016, für Sie wieder da.

Für dringende Rechtsschutzfälle gilt die bekannte Notfallnummer 0177.3008710



geschlossen vom **23. Dezember 2015** bis einschließlich **31. Dezember 2015**

Neuköllner Pensionäre, es ist wieder soweit!

Neuköllner Pensionäre treffen sich am

5. Februar 2016, 15 Uhr, in 12053 Berlin, Werbellinstr. 42, Haus des älteren Bürgers, Bus: 104, 365, UBhf Rathaus Neukölln.

Hinweis: Das oben angegebene Treffen ist keine Veranstaltung der DPoIG Berlin

Geburtstagsgrüße

Wir reihen uns in die Schar der Gratulanten ein und gratulieren allen im Dezember geborenen Mitgliedern ganz herzlich zum Geburtstag.

Hinweis: Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden Glückwünsche mit Namensnennung nur bei einer schriftlich vorliegenden Einverständniserklärung veröffentlicht.

Sabine Dietrich

Hinweis zur Doppelausgabe Januar/Februar



Zur Erinnerung! Die nächste Ausgabe des POLIZEISPIEGELS erscheint wie in den vergangenen Jahren als Doppelausgabe (Januar und Februar) Ende Januar 2016

countrypixel - Fotolia.com



BGH kippt Postbank-Klausel

Ersatzkarte darf Kunden nichts kosten

Karlsruhe. Bankkunden dürfen beim Verlust oder Diebstahl ihrer Girokarte in der Regel nicht für die neue Karte zur Kasse gebeten werden. Der Bundesgerichtshof gab damit einer Klage des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen gegen die Deutsche Postbank am 20. Oktober 2014 statt. (Az.: XI ZR 166/14)

Auch wenn die alte Karte gesperrt wird – wie das bei deren Verlust aus Sicherheitsgründen

geschieht – und deshalb eine neue ausgestellt werden muss, dürfe das Finanzinstitut für die Ersatzkarte nichts berechnen, entschied der 11. Zivilsenat des BGH.

Die Postbank hatte nach einer Klausel in ihren Geschäftsbedingungen in diesen Fällen 15 Euro verlangt, wenn die Ausstellung der Ersatzkarte „ihre Ursache nicht im Verantwortungsbereich der Bank hat“.

Das benachteilige Kunden unangemessen, urteilte der BGH. Die Bank wälze damit „Aufwand zur Erfüllung eigener Pflichten auf ihre Kunden ab“. Die Vorinstanzen hatten die Preisklausel noch gebilligt. Das Oberlandesgericht (OLG) Köln meinte, es handele sich dabei um eine „Sonderleistung“. Die Bank habe ihre Pflicht gegenüber dem Kunden bereits mit der Aushändigung der Erstkarte erfüllt.

Nicht entschieden hat der BGH, ob eine Ersatzkarte dann

kosten darf, wenn der Name des Karteninhabers nicht mehr stimmt (etwa bei Heirat, Scheidung) oder wenn die Karte kaputtgegangen ist.

Etwas anders sieht das die Deutsche Kreditwirtschaft: Die Entscheidung, die nur die spezielle Klausel der Postbank betreffe, lasse sich nicht verallgemeinern, erklärte sie in einer Stellungnahme. Jedes Kreditinstitut entscheide selber darüber, wann und auf welche Weise es seinen Kunden Bankkarte und Ersatz in Rechnung stelle. ■

> Info

Notfallnummer der DPoIG Berlin

Gilt nur außerhalb der Geschäftszeiten.

0177.3008710



Foto: aratian/fotolia.com



E-Mail:
info@kreuzbund-berlin.de,
Tel.: 030.4762828

Rechtsschutzberatung

Suchtprobleme? Alkoholprobleme? Dann Kreuzbund Berlin!!!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und Brandenburg!!
- > Eine ist auch in Deiner Nähe!

Kreuzbund Diözesanverband Berlin e.V.
Marthastraße 10, 13156 Berlin

Die Rechtsschutzberatung der DPoIG Berlin für unsere Mitglieder findet nach Vereinbarung und vorheriger telefonischer Rücksprache statt.

Termine können unter:
030.3933073-74
vereinbart werden.

Beratung und Gewährung von Rechtsschutz nur nach der Rechtsschutzordnung des dbb.

> Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Redaktionsschluss für die Zusendung von Leserbriefen, Berichten beziehungsweise Beiträgen für die **Januar/Februar-Ausgabe 2016** des POLIZEISPIEGELS ist der **4. Januar 2016**.

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe 2016 ist der **4. Februar 2016**.

Anschrift:
Landesredakteur DPoIG Berlin
Eduard Riese
Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin
E-Mail: post@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPoIG dar.



Die DPoIG Berlin ist unter folgenden Adressen zu erreichen:

Deutsche
Polizeigewerkschaft Berlin
Alt-Moabit 96 a,
10559 Berlin
Tel.: 030.3933073
Fax: 030.3935092

Unsere E-Mail-Adressen
lauten: landesredakteur@dpolg-berlin.de
post@dpolg-berlin.de

Unsere Internetadresse lautet:
<http://www.dpolg.berlin>
Veröffentlichungen in den Landesteilen des POLIZEISPIEGELS, wie zum Beispiel Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche, Kritik, bitte an die oben angegebene E-Mail-Adresse der DPoIG Berlin (Landesredakteur) senden. ■



Ansprechpartner/-innen, Veranstaltungen, Kontakte

» Kreisverband Dir 1

Günter Kuschel
Vorsitzender
Dir 1 A 13 DG 4
Tel.: 030.4664113400
guenter.kuschel@dpolg-berlin.de
www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

Für Sorgen und Nöte wendet Euch an Günter Kuschel, int. 113400, Holger Schulz, int. 101120, oder Andreas Mehnke, int. 115015, sowie Christian Hirschfeld, int. 181310.

Auch die Ansprechpartner in den Dienststellen stehen bereit. Ein Blick auf die Infobretter genügt!

» Kreisverband Dir 2

Eberhard Riehn
Vorsitzender
Dir 2 A 26
Tel.: 030.4664226125
eberhard.riehn@polizei.berlin.de
www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

» Kreisverband Dir 3

Uwe Thiel
Vorsitzender
Dir 3 ZA Vkd 2
Tel.: 030.4664381200
uwe.thiel@dpolg-berlin.de
www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

Jahreshauptversammlung 2015

Unsere Jahreshauptversammlung findet im Restaurant „Adria-Grill“ in der Nonnen-dammallee 84a, 13629 Berlin-Siemensstadt, am **Dienstag, 15. Dezember 2015, um 17 Uhr** statt.

Öffentlicher Nahverkehr:
U-Bahn: U7
Bus: 123, 139, N7, N23, N39

Um rege Beteiligung wird gebeten!

Der Vorstand

» Kreisverband Dir 4

Torsten Riekötter
Vorsitzender
Dir 4 A 46
Tel.: 030.4664446323
torsten.riekoetter@dpolg-berlin.de
www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

» Kreisverband Dir 5

www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

Einladung zur Jahreshauptversammlung 2015

Die Jahreshauptversammlung findet am Donnerstag, dem 17. Dezember 2015, 18.30 Uhr, in der Geschäftsstelle der DPoLG Berlin in Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin, statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Wahl eines Versammlungsleiters
2. Feststellung der Anzahl der Wahlberechtigten
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht des Schatzmeisters
5. Aussprache zu Pt. 3 und 4
6. Neuwahl des Vorstandes
7. Wahl der ordentlichen Delegierten für den Landeskongress 2016
8. Verschiedenes

» Kreisverband Dir 6

Sabine Schumann
Vorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende
Dir 6 A 61
Tel.: 0176.12223328
sabine.schumann@dpolg-berlin.de
www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

Einladung zu unseren Mitgliederversammlungen 2015

Die Mitgliederversammlungen finden jeweils donnerstags um 18 Uhr im **Gasthaus**

„St. Hubertus“ in Berlin-Mahlsdorf statt.

» **Donnerstag, 3. Dezember 2015**

» Kreisverband ZA

Boris Biedermann
Vorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender
Dir ZA Gef 2
Tel.: 0178.4552222
boris.biedermann@dpolg-berlin.de
www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

Jahreshauptversammlung 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hiermit laden wir zur Jahreshauptversammlung mit anschließender Weihnachtsfeier des Kreisverbandes Dir ZA ein.

- » **Wann: Samstag, 5. Dezember 2015, um 16 Uhr**
- » **Wo: Restaurant „Paulaner im Spreebogen“, Alt-Moabit 98, 10559 Berlin**

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Wahl eines Versammlungsleiters
2. Feststellung der Anzahl der Wahlberechtigten
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht des Schatzmeisters
5. Aussprache zu TOP 3 und 4
6. Neuwahl des Vorstandes

7. Wahl der ordentlichen Delegierten für den Landeskongress 2016
8. Verschiedenes

Im Anschluss gegen 18 Uhr laden wir alle Mitglieder zu einem reichhaltigen vorweihnachtliches Büfett ein.

Wir bitten aus planungstechnischen Gründen um Anmeldung an:

Boris Biedermann, Bernd Schulz, Helmut Sarwas oder Landesgeschäftsstelle
Der Vorstand KV Dir ZA

» Kreisverband ZSE

Peter Sgonina
Vorsitzender
ZSE IV A
Tel.: 030.4664994527
peter.sgonina@dpolg-berlin.de
www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

Kreisverbandssitzungstermine:

» **Dienstag, 1. Dezember 2015, 16.30 Uhr**

Der neue Sitzungsort ist: Restaurant Wandel, Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin-Mitte, Nähe Alexanderplatz.

Peter Sgonina
KVV der ZSE

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!

Wir wünschen unseren Mitgliedern und ihren Angehörigen sowie allen unseren Leserinnen, Lesern und Freunden der DPoLG ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Unser besonderer Gruß gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die während der Festtage im Dienst sind. Wir wünschen einen ruhigen Dienst.

Die DPoLG Berlin beabsichtigt, wie bisher zum Weihnachtsfest und zum bevorstehenden Jahreswechsel keine Festtagsgrüße per Post zu versenden. Die eingesparten Brief- und Postgebühren werden der DPoLG-Stiftung gespendet.